

Medienmitteilung

Bern, 28. Januar 2016

Der Service Public – wichtig für den inneren Zusammenhalt der Schweiz

Gestern Abend haben die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB und der Schweizerischer Gemeindeverband SGV in Bern eine Tagung zum Service Public durchgeführt. Aus den Diskussionen zeigte sich deutlich, dass der Service Public ein wichtiger Faktor für den inneren Zusammenhalt des Landes ist. Der Service Public muss laufend an die Kundenbedürfnisse und an die technischen Möglichkeiten angepasst werden. Die bisherigen Reformen waren diesbezüglich erfolgreich, der Service Public in der Schweiz ist im internationalen Vergleich auf einem sehr hohen Niveau. Die Volksinitiative „ProServicePublic“ welche am 5. Juni 2016 zur Abstimmung kommt, würde diese Errungenschaften hingegen wieder zunichte machen und das Rad zurückdrehen.

Rund 50 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik diskutierten gestern Abend in Bern über den aktuellen Stand und die Zukunft des Service Public in der Schweiz. Professor Aymo Brunetti von der Universität Bern machte gleich zu Beginn klar, dass zwischen dem eher schwammigen Begriff des Service Public und der Grundversorgung unterschieden werden muss. Während Service Public alle staatlichen Aktivitäten umfassen kann, ist mit Grundversorgung die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen im allgemeinen Interesse gemeint. Dazu gehören etwa die tägliche Zustellung der Post, die Sicherstellung der Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr und mit Telekom-Diensten. Hans Werder, der ehemalige Generalsekretär des UVEK zeigte in seinem Referat auf, wie diese Grundversorgungsleistungen in den letzten Jahren immer wieder an die veränderten Bedürfnisse der Kunden und die technologischen Möglichkeiten angepasst wurden. Der Service Public muss sich in diesem Sinne laufend weiter entwickeln. Die Reformschritte erfolgten in der Schweiz in einem sehr pragmatischen Ansatz und waren immer getrieben vom Gedanken, für alle Bevölkerungsteile und alle Landesgegenden vergleichbare Grundlagen zu schaffen. Der Service Public trägt wesentlich zum inneren Zusammenhalt der Schweiz bei und darf gerade auch im internationalen Vergleich als ein Erfolgsmodell betrachtet werden.

Die vom Konsumentenmagazin K-Tipp eingereichte Volksinitiative „ProServicePublic“ droht diese Errungenschaften wieder zunichte zu machen und wird deshalb selbst von Konsumentenorganisationen abgelehnt, wie Babette Sigg, Präsidentin des Konsumentenforums, an der Tagung ausführte. Peter Salvisberg legte als Mitinitiant der Volksinitiative die Argumente für seine Initiative dar. Er kritisierte unter anderem die hohen Preise für Leistungen bei der Swisscom und die steigenden Preise bei den Bahnen. Diese stünden dem Serviceabbau wie der Schliessung von Kundenshaltern diametral gegenüber. Dem hielt der Bündner Nationalrat Martin Candinas entgegen: die Initiative beinhalte gar nicht das, was die Initianten kritisieren. Wenn die Initiative

angenommen würde, so könnte beispielsweise die Swisscom nicht mehr in den Ausbau der Breitbandnetze investieren. Diese sind aber für die Wettbewerbsfähigkeit gerade auch der ländlichen Räume von entscheidender Bedeutung. Aus Sicht der Wettbewerbsfähigkeit lehnt auch Economiesuisse die Volksinitiative ab. Die Unternehmen in der Schweiz sind auf eine gut funktionierende Grundversorgung angewiesen, wie Monika Rühl, die Direktorin von Economiesuisse ausführte. Andreas Rickenbacher als Berner Volkswirtschaftsdirektor und Präsident der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz ergänzte, dass die Initiative zudem zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe bei Bund, Kantonen und Gemeinden führen würde. Auch die Angestellten der Service-Public-Unternehmen müssten die Zeche bezahlen. Dore Heim, Geschäftsführende Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zeichnete diesbezüglich ein düsteres Bild: „Eine Folge der Initiative wäre die Zerschlagung der bundesnahen Unternehmen, die gewinnbringenden Bereiche würden privatisiert, die defizitären müsste die öffentliche Hand übernehmen. Personeller Abbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wären eine weitere Folge, die starken Gesamtarbeitsverträge würden verloren gehen.“ Auch die Gewerkschaften lehnen deshalb die Volksinitiative entschieden ab.

Für Thomas Egger und Reto Lindegger, die Direktoren der beiden Verbände, die zur Tagung eingeladen hatten, ist klar: Der Service Public ist ein wichtiges Element für den inneren Zusammenhalt in der Schweiz. Dieser Service Public ist in der Schweiz gerade auch im internationalen Vergleich auf einem hohen Stand. Dieser darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden. Die beiden Verbände haben deshalb zusammen den Lead gegen die schädliche und irreführende Volksinitiative „ProServicePublic“ übernommen.

Weitere Informationen:

Thomas Egger, Direktor SAB, 079 429 12 55

Reto Lindegger, Direktor SGV, 078 768 94 32